

TAGUNGSDOKUMENTATION

# RECHTS- EXTREMISMUS UND ENGAGEMENT IM URBANEN RAUM

ENTWICKLUNGEN  
HERAUSFORDERUNGEN  
PERSPEKTIVEN



# IMPRESSUM

**TITEL** ■ Rechtsextremismus im urbanen Raum:  
Entwicklungen – Herausforderungen – Perspektiven  
Dokumentation der Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung/  
Forum Berlin und der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus  
Berlin (MBR) vom 24./25.09.2012

**HERAUSGEBER** ■ Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V.  
(VDK) und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)  
Chausseestraße 29, 10115 Berlin  
Telefon: 030 240 45 430, Fax: 030 240 45 319  
E-Mail: [info@mbr-berlin.de](mailto:info@mbr-berlin.de), [www.mbr-berlin.de](http://www.mbr-berlin.de)

**V.I.S.D.P.** ■ Bianca Klose, Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V.  
**REDAKTION UND AUTOR/INNEN** ■ Ulf Bünermann, Dr. Thomas Bürk,  
Alexander Häusler, Karl-Walter Hollmann, Figen Izgin, Hans-Peter  
Killguss, Bianca Klose, Dr. Ralf Melzer, Sven Richwin, Margarita  
Tsomou, Sebastian Wehrhahn, Nicole Zeuner  
**LEKTORAT** ■ Frank Engster  
**LAYOUT** ■ Studio Kaiser Matthias, [www.kaisermatthies.com](http://www.kaisermatthies.com)  
**BILDNACHWEIS** ■ S. 3 Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und  
Frauen; S. 28/29/30 Theo Schneider  
**GRAPHIC RECORDING** ■ Titel, S. 8/20 Gabriele Heinzel;  
S. 12/24 Gabriele Schlipf; S. 16 Sophia Halamoda  
**DRUCK** ■ 1. Auflage, 3.000 Stück, hinkelsteindruck Berlin,  
[www.hinkelstein-druck.de](http://www.hinkelstein-druck.de)

Die MBR ist ein Projekt des »Vereins für Demokratische Kultur in  
Berlin e.V.« (VDK) und wird gefördert im Rahmen des Landespro-  
gramms »Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlich-  
keit und Antisemitismus« der Beauftragten des Senats von Berlin für  
Integration und Migration.

**URHEBERRECHTLICHE HINWEISE** ■ © Copyright 2012 Verein für  
Demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieent-  
wicklung (VDK) e.V. und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus  
Berlin (MBR). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für  
nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die  
MBR behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Ver-  
vielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher  
Zustimmung der Herausgeber/innen gestattet. Darüber hinaus muss  
die Quelle korrekt angegeben und uns ein Belegexemplar zuge-  
schickt werden.

Die gegenderte Schreibweise in den Texten entspricht der Verwendung  
der Autor/innen. Sie wurde von den Herausgeber/innen nicht verändert.

**HAFTUNGSAUSSCHLUSS** ■ Die Hinweise in dieser Broschüre wurden  
nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handreichung  
ersetzt keine individuelle (juristische) Beratung. Für die Richtigkeit,  
Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen wir  
keine Gewähr.

# INHALT

Aufbau der Broschüre .....	2
<b>SENATORIN DILEK KOLAT</b>	
Grußwort .....	3
<b>BIANCA KLOSE   NICOLE ZEUNER, DR. RALF MELZER</b>	
Vorworte.....	4
<b>EINGANGSVORTRAG</b>	
<b>DR. THOMAS BÜRK</b>	
Der Städtische Raum als Handlungsrahmen – Bedingungen und Herausforderungen für Engagement .....	5-7
<b>GESPRÄCHSKREISE</b>	
<b>KARL-WALTER HOLLMANN</b>	
Wir weichen nicht zurück! Engagement trotz rechtsextremer Einschüchterungen, Bedrohungen und Angriffe .....	8-11
<b>SVEN RICHWIN</b>	
Ladenschluss jetzt! Kein Bier für Nazis! Die Auseinandersetzung mit rechtsextremer Infrastruktur .....	12-15
<b>MARGARITA TSOMOU</b>	
Nach der Demo ist vor der Demo! Braucht die Zivilgesellschaft neue Aktionsformen?.....	16-19
<b>ALEXANDER HÄUSLER, HANS-PETER KILLGUSS</b>	
Islam und Zivilgesellschaft – Wie Partei ergreifen in so genannten Moscheebau-Konflikten? .....	20-23
<b>FIGEN IZGIN</b>	
Sind wirklich alle dabei? Chancen und Schwierigkeiten zivilgesellschaftlicher Bündnispolitik in der Migrationsgesellschaft .....	24-27
<b>ABSCHLUSSPODIUM</b>	
Engagierte Perspektiven – Perspektivisches Engagement.....	28-31
Literatur .....	32

# AUFBAU DER BROSCHÜRE

Die Beiträge dieser Dokumentation werden durch verschiedene Verweise ergänzt. Hier finden Sie einen Überblick über die verwandten Symbole und ihre Bedeutung:



Aussagekräftige Zitate aus dem Publikum.



Konkrete Handlungsempfehlungen.



Bereits bestehende gute Beispiele in der Praxis.



Links zu Initiativen, die in der Diskussion oder im Vortrag angesprochen wurden.



Audio-Zuschnitts der Kommentare in den Gesprächskreisen über Quick Response Code.



Quick Response Code. Er kann mit Smartphones eingescannt werden und leitet zu den Audio-Dateien der Kommentare weiter.



Graphic Recording: Alle Gesprächskreise wurden zeichnerisch protokolliert. Die jeweiligen Graphic Recordings sehen Sie zu Beginn der einzelnen Artikel.

## SENATORIN DILEK KOLAT

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist sehr zu begrüßen, dass sich die Friedrich-Ebert-Stiftung und die MBR Berlin in der vorliegenden Handreichung mit der Problematik des Rechtsextremismus im urbanen Raum auseinandersetzen, denn ich bemerke in der Debatte zuweilen eine Einseitigkeit, die wir hinterfragen sollten. So wird das Problem Rechtsextremismus oft automatisch mit »öden Flächen« in Ostdeutschland in Verbindung gebracht – Rechtsextremismus in Berlin, Dortmund, Hamburg und München? Das scheint nur etwas für Expertinnen und Experten zu sein.

Meiner Meinung nach ist es ratsam, genauer hinzuschauen, denn bedauerlicherweise gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass wir in den Städten mit erheblichen Problemen zu kämpfen haben. Hier in Berlin wurde dies zuletzt an mehreren Punkten deutlich:

Rechtsextremisten attackierten der Opferberatung Reach-Out zufolge im Jahr 2011 158 Mal Menschen in unserer Stadt, die ihnen als minderwertig galten. Die Tendenz ist leider steigend. Zunehmend geht die rechtsextreme Szene in Berlin dazu über, gezielt engagierte Demokratinnen und Demokraten anzugreifen. Hinzu kommen rechtspopulistische Kräfte, die Ressentiments gegen Minderheiten anheizen und Kampagnen gegen Muslime und neu eingewanderte Roma inszenieren.

Meinungsumfragen zeigen zudem, dass sich die Probleme Rassismus und Menschenverachtung auch in einer weltoffenen Stadt wie Berlin nicht auf rechtsextreme Gruppen beschränken. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind gesamtgesellschaftliche Probleme – in den Städten erleben wir das besonders drastisch. Wir wissen von problematischen Haltungen in großen gesellschaftlichen Verbänden und staatlichen Behörden. Aber auch der Angriff von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf den Rabbiner Daniel Alter Ende August 2012 hat uns wieder deutlich vor Augen geführt, dass Vorurteile, Ressentiments und Gewaltbereitschaft leider in allen Bevölkerungsgruppen vorkommen können.

Insofern stehen wir bei der Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus vor der Herausforderung,

Ansätze, Begriffe und Botschaften zu finden, die die gesamte Stadtgesellschaft ansprechen und die von allen Menschen verstanden werden. In Berlin versuchen wir das Zusammenleben in unserer Stadt auf der Basis von Leitbegriffen wie »Demokratie«, »Vielfalt«, »Anerkennung« und »Respekt« zu beschreiben. Mit unseren Maßnahmen der Demokratieförderung stellen wir in Berlin dem gesamtgesellschaftlichen Problem Rechtsextremismus einen umfassenden Ansatz entgegen, der alle Bevölkerungsgruppen unserer Stadt einschließt.

Trotzdem gibt es noch viel zu tun: Neben der Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements müssen wir auch den Blick auf die Probleme in staatlichen Institutionen vertiefen. Insbesondere die staatlichen Strafverfolgungsbehörden müssen verstärkt an ihrer interkulturellen Öffnung und an ihren Diversitäts-Kompetenzen arbeiten.

Der Blick auf die großen Städte ist auch ein Blick in die Zukunft unseres Landes insgesamt – denn die deutsche Einwanderungsgesellschaft bildet sich schon jetzt in den Städten ab. Die Durchsetzung von Gleichwertigkeit in der Vielfalt und die Solidarität mit den von rechter Gewalt Betroffenen ist deswegen eine Grundbedingung für eine friedliche Zukunft in unseren Städten.

Ich bedanke mich bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und der MBR Berlin, dass sie mit dieser Handreichung den Blick auf die besondere Situation in unseren Großstädten richten.

DILEK KOLAT

Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen



## VORWORTE

### BIANCA KLOSE

Warum Rechtsextremismus im städtischen Raum besonders betrachten? Die öffentliche Aufmerksamkeit beschränkte sich bisher vor allem auf die östlichen Bundesländer und ihre ländlichen Regionen. Urbane Räume sind dabei aus dem Blick geraten; zudem reicht es nicht aus, die Analyse allein nach Ost und West auszurichten. Vielmehr sollten Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen und zwischen ökonomisch starken und benachteiligten Regionen miteinbezogen werden.

Für viele Menschen gehören rechtsextreme, rassistische und antisemitische Bedrohungen und Gewalt zum Alltag im urbanen Raum. Das betrifft vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, People of Colour, Jüdinnen und Juden, aber auch Linke und ihre Einrichtungen. Hinter Diskriminierung und Gewalt stehen entsprechende Einstellungen, die in der gesamten Gesellschaft weit verbreitet sind. Rassist/innen und Rechtsextremist/innen fühlen sich vor allem dann ermuntert Gewalt auszuüben, wenn es keine ernsthaften staatlichen Konsequenzen oder effektive zivilgesellschaftliche Gegenwehr gibt – entscheidend für ein breites und erfolgreiches Engagement in einer Stadt ist daher ein konsequentes Eintreten aller lokalen Akteure. Städtische Zentren scheinen mit ihrer heterogenen Bevölkerung, den vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Initiativen beste Voraussetzungen dafür zu bieten. Trotzdem gibt es in den Stadtzentren einerseits rechtsextreme Bedrohungen und Angsträume, andererseits einen Mangel an langfristiger Vernetzung der Akteure, und vor allem: Es gibt zu wenig Zusammenarbeit mit migrantischen Organisationen. Die meisten zivilgesellschaftlichen Bündnisse und antifaschistischen Initiativen sind sehr »weiß« und sehr homogen.

Diese Publikation dokumentiert Diskussionen und Beiträge einer Fachtagung, auf der Expert/innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zusammengelassen sind. Wir hoffen, damit eine Fortführung und Vertiefung dieser spannenden Diskussionen auch in anderen Städten anzuregen.

BIANCA KLOSE

Geschäftsführerin VDK e.V. und Projektleiterin der MBR

### NICOLE ZEUNER, DR. RALF MELZER

Das Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung, vertreten durch die Arbeitsbereiche BerlinPolitik und »Gegen Rechtsextremismus«, arbeitet seit langem vertrauensvoll mit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) zusammen. Aus dieser engen Arbeitsbeziehung entstand vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen der Wunsch, Herausforderungen und Perspektiven in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sowie Gelingensbedingungen für Engagement im urbanen Raum näher zu beschreiben: Welche Rolle spielt die Anonymität der Großstadt? Welche Aktionsformen erzielen nachhaltige Wirkung? Wie muss innovatives Engagement und tiefgreifende gesellschaftliche Auseinandersetzung gestaltet sein, damit sich in der sich ständig wandelnden und heterogenen Großstadt dauerhaft etwas verändert?

Die hier dokumentierte Tagung hat gezeigt, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im urbanen Raum gerade angesichts von Bedrohungs- und Einschüchterungsversuchen durch die Nazi-Szene neue Bündnisse und Aktionsformen erfordert. Nur so können möglichst viele engagierte Menschen für diesen gemeinsamen Kampf gewonnen und davon überzeugt werden, dass sich Engagement lohnt. Ziel ist, ein Klima zu schaffen, das rechtsextreme Übergriffe ebenso ausschließt wie die Definition bestimmter Räume durch Nazis. Deutlich wurde, dass die Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus und strukturellem Rassismus auf diesem Weg eine zentrale Herausforderung darstellt. Hier, auch das hat die Tagung deutlich gezeigt, stehen wir erst am Anfang.

Engagement findet immer dann statt, wenn sich Menschen persönlich betroffen fühlen und gleichzeitig die Chance sehen, dass sich etwas verbessert. Das gilt auch für demokratisches Engagement gegen Rechtsextremismus im urbanen Raum. Einige erfolgreiche Ansätze finden sich in dieser Dokumentation. Patentrezepte allerdings gibt es nicht. Und auch schnelle Problemlösungen sind – leider – nicht zu erwarten.

NICOLE ZEUNER, DR. RALF MELZER

Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

## BEDINGUNGEN UND HERAUSFORDERUNGEN FÜR ENGAGEMENT

DR. THOMAS BÜRK

*Im Folgenden werden zentrale Thesen aus dem Eingangsvortrag von Dr. Thomas Bürk wiedergegeben.*

In der Ankündigung zur Tagung »Rechtsextremismus und Engagement im urbanen Raum« betonen die VeranstalterInnen, dass »eine Analyse von und Engagement gegen Rechtsextremismus (...) immer auch die sozial-räumlichen Bedingungen als gegebenen Handlungsrahmen mit einbeziehen (muss)«. Dieses grundsätzlich völlig richtige Postulat zur Bedeutung von Sozialräumlichkeit möchte ich einer genaueren Betrachtung unterziehen.

Der Sozialraum ist in den letzten 10 Jahren zu einem weit verbreiteten Topos der empirischen Gesellschaftswissenschaften, der Stadtforschung und der Sozialpädagogik und ihrer jeweiligen handlungsbezogenen Konzepte geworden.

Vielfach wird hier der Sozialraum jedoch allein territorial gefasst und auf Bezirke einer Stadt oder auf ihre Gesamtheit oder auf Regionen reduziert. Wird aber ein Sozialraum allein entlang bezirklicher, kommunaler oder anderer administrativer Grenzziehungen betrachtet, unterliegt er einer essentialisierenden Bestimmung, d.h. einzelne Klein- und Mittelstädte, aber auch Stadtteile werden als lebensweltliche Einheiten zusammengefasst, in denen vermeintlich mehr oder weniger ähnliche Bedingungen, Alltagspraktiken und Lebensweisen herrschen. ■

Diese Perspektive bestätigt die Relevanz räumlicher Kategorien und Begriffe als alltäglicher, grundsätzlicher Orientierungs-, Ordnungs- und Verweiselemente sowie die Konjunktur raumbezogener Denkfiguren, die mit einer inflationären »Verräumlichung« sozialer und kultureller Phänomene auftreten, oft in enger Nähe zu alltagssprachlichen Metaphern und semantischen Verdichtungen. Der so genannte spatial turn der Sozial- und Kulturwissenschaften ist in der letzten Dekade auch in der sozialpädagogisch, psychologisch und politikwissenschaftlich orientierten Jugend- und Rechtsextremismusforschung angekommen. Eine Thematisierung sozialer Fragen als räumlicher Phänomene scheint nunmehr ubiquitär und auch wissenschaftlich unerlässlich zu sein. ■

Indes ist mit Blick auf aktuelle sozialgeographische und raumtheoretische Debatten festzustellen, dass »containerräumlichen« Vorstellungen eine klare Absage erteilt wird und nunmehr von einer grundsätzlichen Relationalität und Relativität ausgegangen wird, also von einer sozialräumlichen Beziehungs-



»Diese jeweils existierenden Bedingungen und Alltagspraktiken sollten also nicht als quasi natürlich verstanden werden, sondern als räumlich vermittelt und sozial hergestellt. Administrative Grenzziehungen materialisieren sozusagen die lebensweltlichen Einheiten, d.h. stellen die vermeintlich räumlich bedingten sozialen Beziehungen erst als räumliche Einheiten her.« ■



»Zusätzlich zum spatial turn in den Sozialwissenschaften gab es einen cultural turn in der Geographie. Die beiden Wendungen sind für die konkrete Analyse und das praktische Engagement gegen Rechtsextremismus sinnvoll, weil sie über die oben erwähnte »Verräumlichung« hinausgehen. Soziale Phänomene sind nicht allein über ihre räumliche Gestalt zu erklären oder zu bekämpfen.« ■

förmigkeit und einer raumbildlichen Imaginationsvielfalt unterschiedlicher subjektiver und institutionalisierter Praktiken. Diese Ansätze gehen von einer sozialen Produktion des Raumes durch die dialektische Spannung von absoluter, relativer und relationaler Raumdimension aus.

Der Sozialgeograph David Harvey führt diese komplexe Wechselwirkung am Beispiel einer Rede in einem Vortragssaal aus: Zunächst einmal ist der Redner in einem absoluten Raum, der durch Wände und die Anwesenheit des Auditoriums bestimmt ist. Diese Gegebenheiten begrenzen die Reichweite der Worte genauso wie das Verlassen des Raums durch Zuhörende; auch wer zu spät kommt, wird nur noch Teile des Gesprochenen hören oder es ganz verpassen. Die Anordnung der Sitzreihen und die hierarchische Möblierung des Raums unterstreichen zudem den Charakter eines funktionalen Machtraums, in dem die Aufmerksamkeit nach vorne gerichtet wird. Das ist die absolut-räumliche Ebene. Gleichzeitig bestimmen aber Lageverhältnisse und unterschiedliche Positionierungen der Menschen und Objekte im Raum das konkrete Geschehen dort. ■ Wer weit vorne sitzt, kann dem Vortrag akustisch besser folgen als die Menschen in den hinteren Reihen; auch die Worte werden unterschiedlich von den Zuhörenden empfangen. Wer hinter einem Pfeiler oder einer großen Person sitzt, sieht weniger. Der relative Raum wird also bestimmt durch die unterschiedlichen Positionen und Praktiken der zu diesem Zeitpunkt dort anwesenden Personen und setzt sich dadurch ins Verhältnis zum absoluten Raum. Darüber hinaus bringen die Einzelpersonen im Publikum aber während des Zuhörens all ihre Ideen und Erfahrungen mit, die dadurch ebenfalls gleichsam anwesend sind. ■ Durch diesen relationalen Raum der Vorstellungen und Imaginationen wird das Geschehen ebenso geprägt wie durch die absoluten und relativen Dimensionen des Raums, und alle drei Dimensionen lassen den Vortragssaal zu einem ebenso temporären wie besonderen Ort werden. ■



»Auch diese Lageverhältnisse und Positionierungen der Menschen und Objekte im Raum sind sozial produziert und werden performativ ausgehandelt, wobei sie kritisch hinterfragt und dekonstruiert oder aber unkritisch reproduziert werden können. Für das Engagement gegen Rechtsextremismus bedeutet das, eben diese Lageverhältnisse und Positionierungen als sozial hergestellt und räumlich vermittelt und damit als veränderbar zu begreifen.«



»Dass subjektive Vorstellungen und Erfahrungen räumlich präsent sind, heißt allerdings nicht notwendig, dass sie thematisiert werden. Die Herausforderung besteht darin, sich dieser Ideen und Erfahrungen bewusst zu sein und sie miteinzubeziehen. Sonst können problematische Spannungen zwischen Vortragenden und Zuhörenden entstehen.«



»Den ›drei Dimensionen‹ des ›temporären und besonderen Ortes‹ ist noch dessen strukturelle und gesellschaftliche Gewordenheit hinzuzufügen. Wie sehr die Vorstellungen und Imaginationen in das jeweilige Geschehen einbezogen werden, ist auch vom Format abhängig. Bei einem Vortrag z.B. haben die Vorstellungen der Zuhörenden in der Regel nicht den gleichen Status wie das Vorgetragene.«

Diese trialektische Konzeption des Raums verlangt spezifische Methoden seiner Untersuchung: Die Interpretation der spezifischen sozialräumlichen Bedingungen dieses temporären Ortes sollte möglichst alle drei Dimensionen der Raumproduktion umfassen.

Übertragen auf Stadt und urbane Räume heißt das, sie nicht mehr allein als Bühne oder Rahmungen des Handelns anzusehen, sondern sie als Orte zu analysieren und zu entschlüsseln, die von Menschen in sozialen Interaktionen mit anderen sozialen Objekten relativ und relational produziert werden. Freilich spielen bei dieser sozialräumlichen Trialektik auch weiterhin absolut-räumliche Territorialisierungen eine bedeutende Rolle. So ist beispielsweise das staatliche Territorialprinzip keineswegs aufgehoben: Der richtige Pass ist



immer noch Voraussetzung für freie, internationale Mobilität, das Wahlrecht wird wohnortbezogen ausgeübt, Residenzpflichten regeln immer noch den Bewegungsrahmen von Flüchtlingen, Fördermittel werden regionalisiert vergeben – all das fällt unter den Tisch, wenn von einer ausschließlich relativ/relationalen Raumproduktion ausgegangen wird.

(...)

Bedrohungsszenarien, rechtsradikale Dominanz und deren Akzeptanz sind nicht allein aus den lokalen, stadtkulturellen Verhältnissen heraus zu deuten, diese Verhältnisse müssen vielmehr von ihren übergreifenden, gesellschaftlich strukturierten (Re-)Produktionen her verstanden werden. Trotz dieser gesellschaftlichen Strukturierung bleibt aber das Geschehen auf der lokalen Ebene vom konkreten Handeln der Akteure vor Ort bestimmt. Jede Tat hat einen Tatort, auch wenn die Täter oft unsichtbar, die Tatorte menschenleer bleiben. ■ Der Tatort ist eine reale, materielle, alltägliche Lokalität, er ist ein konkreter (öffentlicher, semi-öffentlicher oder privater) Ort mit aktiv planenden und handelnden Akteuren und eingreifenden oder passiven, engagierten oder ignoranten ZuschauerInnen, kurz, der Tatort ist ein hergestelltes sozialräumliches Setting. Diese lokalen Verhältnisse mit ihrer Anwesenheit (oder Abwesenheit) von MigrantInnen, Flüchtlingen, alternativen Jugendlichen und deren UnterstützerInnen charakterisieren nicht nur die Atmosphäre des städtischen Raums, sondern sie re/produzieren vielmehr zuallererst eine tolerante, offene Stadtkultur – oder eben deren Gegenteil.

(...)

Sozialräumliche Ansätze der Prävention und Bekämpfung neonazistischer Aktivitäten sind dann erfolgreich, wenn sie sich der Komplexität aus (historischen, ökonomischen, politischen) Strukturen und Handlungen, die der Produktion eines Ortes zugrunde liegen, bewusst sind und diese Komplexität auch in ihre Handlungskonzepte einbeziehen. Dabei gilt es, die Wechselwirkung von absolut-räumlichen, relativen und relationalen Praktiken bei der Herstellung eines Ortes zu berücksichtigen und eine auf unterschiedliche Akteure und Interaktionskonstellationen bezogene Untersuchungsperspektive einzunehmen. Die Analyse solcher komplexer Sozialräume kann auch als Untersuchung lokaler Stadtkulturen betrieben werden. ■ Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei einer antirassistischen, de-kolonialen, egalitären und heterarchischen symbolischen Ordnung einzelner Orte und städtischer Settings zukommen. ■



»Es ist also zu fragen, welche Täter unsichtbar und welche Tatorte menschenleer bleiben und warum. Auch diese gesellschaftlichen Tatsachen werden sozialräumlich hergestellt.«



»Für eine kritische Untersuchung rechtsextremer Stadtkulturen müssen die spezifischen städtischen Strukturen, in denen Rechtsextreme agieren, in den Blick genommen werden. Dabei sollten die drei sozialräumlichen Ebenen in ihrer konkreten Form benannt werden: die absolut-räumliche (also die Straßen und Gebäude, in denen Rechtsextreme sich bewegen), die relative (also die Praktiken, Positionierungen und sozioökonomischen Verhältnisse der rechtsextremen Szene), und die relationale Ebene (die Vorstellungen über und die Besetzungen von real existierenden Orten).«



»Sich aktiv für diese symbolische Ordnung einzusetzen, heißt gleichsam, sie zu praktizieren und damit rassistischen Ordnungen entgegenzuwirken, indem ihnen buchstäblich der Raum genommen wird.«

**DR. THOMAS BÜRK**, Stadtforscher, Sozialgeograph und empirischer Kulturwissenschaftler.

# Wir weichen nicht zurück!!!

## SOZIALER BASIS SCHUTZ FÜR ALLE



### Fokus

- WIE GEHEN EINZELNE STADTEILE MIT DEN PROBLEMEN UM?
- EINBINDUNG PROFESSIONELLER AKTEURE

- SPORTVEREINE
- SCHULEN
- JUGENDZENTREN
- KIRCHE



WIE ENTSTEHEN PROBLEMBEZIRKE?

VERNACHLÄSSIGTE IMMOBILIEN WURDEN Z.B. MASSIV VON NEONARIS ÜBERNOMMEN



KONKRETE PROPHYLAKTE WERDEN WEGRATIONALISIERT

SORRY, KEIN GELD



PERSÖNLICHE BEZIEHUNGEN ZU OFFERN UND ZU TATERN AUFBAUEN!



- BERÜHRUNGSÄNGSTE ÜBERWINDEN
  - POLIZEI IST AUCH NICHT GLEICH POLIZEI
  - VORBEHALTE ABBAUEN
- MÖGLICHT VIELE MENSCHEN MITNEHMEN



### MEHR KOOPERATION



### GEMEINSAMES TRAINING

STRATEGIEN GEMEINSAM MIT DER POLIZEI

SCHULUNG

ARBEITSGRUPPEN

KONKRETE ANWEISUNG

KLARE ORDER

VERANTWORTUNG DER VORGESETZTEN

HABEN DIE WIRKLICH ANSICHT VON DEN THEMEN?

HARMLOS? GEFÄHRLICH?

HABEN WIR DAS VERBAUEN VON JUGENDLICHEN & DER BEVÖLKERUNG?

KONZENTRATION VON MEHR AKTION

## ENGAGEMENT TROTZ RECHTSEXTREMER EINSCHÜCHTERUNGEN, BEDROHUNGEN UND ANGRIFFE

KARL-WALTER HOLLMANN

Zivilgesellschaftliche Akteure sollten sich dessen bewusst sein, dass im Zuge des Engagements gegen Rechtsextremismus auch eine persönliche Gefährdung nie ganz ausgeschlossen werden kann, sei es in Form von Bedrohungen oder von Angriffen durch Rechtsextreme. Dieser Gefährdung kann jedoch präventiv durch verschiedene Maßnahmen begegnet werden. ■

Einen wichtigen Schutz vor solchen Attacken stellt eine offensive Thematisierung vor Ort dar. Die existierenden Probleme mit Rechtsextremismus sollten von möglichst vielen Menschen öffentlich kommuniziert werden, wobei alle vor Ort relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen miteinbezogen werden sollten. ■ So fühlen sich diejenigen, die direkten Bedrohungen durch Rechtsextreme ausgesetzt sind, nicht alleine gelassen, und den Aktiven wird Unterstützung durch die Zivilgesellschaft vermittelt. Dabei ist es hilfreich, lokale Autoritäten für eine öffentliche Positionierung zu gewinnen, wie es z.B. in Dorstfeld durch die Pfarrer der evangelischen und katholischen Kirchengemeinde und den Bezirksbürgermeister geschehen ist. Auch Deeskalationstrainings und Trainings für Zivilcourage haben zu einem wesentlich selbstbewussteren Auftreten der Demokrat/innen in Dorstfeld geführt – übrigens ohne dass bisher einem der öffentlich auftretenden Akteure etwas passiert wäre. Generell gilt aber, dass die Zivilgesellschaft zwar einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Rechtsextremismus leistet – dennoch ist die Einbindung professioneller Akteure unerlässlich.

Diese Einbindung gelang in Dorstfeld, indem die Leitungen und Schulsozialarbeiter/innen der weiterführenden Schulen, die Vertretungen der örtlichen Grundschulen und der Tageseinrichtungen für Kinder, Leiter/innen des Jugendhilfsdienstes, Fachreferent/innen der Kinder- und Jugendförderung, der Geschäftsführer der Bezirksvertretung Innenstadt-West, der Leiter der Jugendfreizeitstätte und die Leiter der zuständigen Polizeiwache in die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus einbezogen wurden.

Die so eingebundenen Akteure stärkten das Netzwerk dabei einerseits durch das Einbringen der eigenen Erfahrungen und Einschätzungen, was zu einem verbesserten Informationsstand aller Beteiligten führte. Gleichzeitig entstand so ein Ort, an dem es möglich war, strategische Absprachen zu treffen. Teilweise waren wir hierbei leider mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass Institutionen wie z.B. Schulen im Ringen um Schülerzahlen dazu tendieren, rechtsextreme Probleme an ihrer Schule zu verschweigen, um den Ruf der



»Für uns ist es Realität, dass wir nicht ohne Pfefferspray Flyer verteilen.«



»Den Menschen, die Rassismus erfahren, sollte eine ständige Stimme in Bündnissen gegeben werden.«

Schule nicht zu gefährden. Ein Beispiel für eine gelungene Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus stellt die Wilhelm-Busch-Realschule dar. Nachdem es an der Schule zunächst Widerstände gab, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, wurde durch den Runden Tisch das Gespräch mit dem Schulleiter gesucht, der für eine Zusammenarbeit gewonnen werden konnte. Der Runde Tisch unterstützte im weiteren Verlauf die Sensibilisierung gegenüber Rechtsextremismus an der Schule. Als ein Beispiel für diesen gelungenen Prozess mag hier der Versuch einer CD-Verteilaktion durch Rechtsextremisten an der Schule dienen, die durch engagierte Schüler/innen unterbunden wurde. Mittlerweile arbeiten zwei Lehrer/innen und ein Schulsozialarbeiter der Schule regelmäßig am Runden Tisch mit.

Ein weiterer Impuls, der von professionellen Akteur/innen in Organisationen hineingetragen werden kann, ist die offene Thematisierung, inwieweit auch innerhalb dieser Organisation Probleme mit Rechtsextremismus bestehen, einhergehend mit der Bereitschaft, diese dann auch konsequent zu bearbeiten. Dazu gehören Fortbildungen für Mitarbeiter/innen zum Thema und die Auseinandersetzung mit Strategien und Aktionsweisen der Rechtsextremisten, um entsprechende Gegenstrategien entwickeln zu können. Ein weiteres Feld, das von professionellen Akteur/innen bearbeitet werden sollte, ist der Opferschutz sowie das Setzen von Ausstiegspanreizen für Rechtsextreme. ■

Wichtig ist darüber hinaus die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure in der Durchführung gemeinsamer Aktionen und Aktivitäten wie z.B. der Initiative Formel Respekt oder der Dorstfelder Festwoche. ■


Natürlich sind auch die Haltung und die Umgangsweise der Polizei mit rechtsextremen Angriffen oder Bedrohungen entscheidend für eine Klima- veränderung vor Ort. ■ Waren die Reaktionen der Polizei in Dorstfeld lange von der mangelnden Bereitschaft gekennzeichnet, gegen Rechtsextremisten vorzugehen, kam es vor fünf Jahren im Zuge eines Wechsels des Dienststellenleiters zu einer Verbesserung der Situation. Dessen erhöhte Sensibilität gegenüber dem Thema drückte sich in der polizeilichen Mitarbeit am Runden Tisch aus, auch wird nun jedem Hinweis aus der Bevölkerung rund um die Problematik Rechtsextremismus sorgfältig nachgegangen. ■ Das hat dazu geführt, dass die Bürgerinnen und Bürger sich bei Anzeigen ernst genommen fühlen und in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus bestärkt werden. Auch die Einrichtung einer Opferberatungsstelle in Dortmund und die enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zivilgesellschaft,

  
Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt: [www.backup-nrw.org/](http://www.backup-nrw.org/)

  
Respektbüro beim Jugendamt Dortmund: <http://tinyurl.com/ceyc47b>

Dorstfelder Festwoche 2012: <http://tinyurl.com/bm96qa9>

  
»Die Empathie der Polizei muss erstmal den Opfern rechtsextremer Bedrohung und Gewalt gelten.«

  
»Bei uns in Dorstfeld gab es eine klare top-down Order in der Polizei, dass jeder Anruf zum Thema rechtsextremistische Bedrohung etc. ernst genommen und verfolgt werden muss.«

zum Beispiel auf der Ebene von gemeinsamen Workshops, haben zu einer Klimaverbesserung beigetragen.

Nicht zuletzt stellt auch das Acht-Punkte-Programm des Innenministeriums NRW eine deutliche Positionierung und somit eine Unterstützung der Arbeit gegen Rechtsextremismus dar. ■

Leider ist eine ähnliche Sensibilisierung aufseiten der Justiz zum Thema nicht festzustellen. So war für das Gericht beim Prozess um den Mord an einem Punk durch den Rechtsextremisten Sven Kahlin kein politischer Hintergrund erkennbar, und im Verfahren gegen die Rechtsextremisten, die im Mai 2009 eine DGB-Kundgebung in Dortmund überfallen hatten, kam es zu Freisprüchen. ■ Als kontraproduktiv für eine Klimaveränderung stellt sich aber nach wie vor die Berichterstattung in den Medien heraus, die den Stadtteil immer wieder als Ort erscheinen lassen, in dem Mann und Frau sich per se von den Rechtsextremen bedroht fühlen muss.

Insgesamt lässt sich in der Geschichte des Runden Tisches auf einige positive Aktionen verweisen, durch die eine demokratische Wiederaneignung von Angsträumen im Bezirk gelungen ist. So gelang es im September 2011, als plötzlich auf dem Dorstfelder Friedensfest eine ca. 30 Personen starke Gruppe von schwarz gekleideten Rechtsextremisten zwischen den Feiernden auftauchte, die Gruppe durch das entschlossene Auftreten der Bürgerinnen und Bürger unter »Nazis raus« Rufen vom Wilhelmsplatz zu drängen. Gerade diese erfolgreiche Aktion hatte für die Anwohner/innen einen nachhaltig positiven Effekt für das Vertrauen in die eigenen Stärken und Fähigkeiten und bestärkte sie in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus.

**KARL-WALTER HOLLMANN**, 66 Jahre, Kommunalbeamter i.R., Diplom-Verwaltungswirt, seit 1966 Mitglied der SPD, Mitglied des Runden Tisches Dortmund-Dorstfeld.



Pressemitteilung Ministerium für Inneres und Kommunales NRW:  
<http://tinyurl.com/co6uul2>



»Die Verbotserfügungen gegen den Nationalen Widerstand Dortmund, die Kameradschaft Aachener Land und die Kameradschaft Hamm haben uns sehr geholfen und uns viel für die weitere Arbeit an die Hand gegeben.«



Kommentar Lorenz Korgel, Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen.



# LADENSCHLUSS JETZT!



## DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMER INFRASTRUKTUR

SVEN RICHWIN

### WAS IST RECHTSEXTREME INFRASTRUKTUR?

Für die Schaffung rechtsextremer Erlebniswelten spielen Kneipen, Tattoostudios, Seminar- und Bandproberäume, Geschäfte und Imbisse eine wesentliche Rolle. In der Mehrheit sind die Nutzer/innen dieser Angebote keine organisierten Rechtsextremen, sie stimmen aber in Teilen rechtsextremen Weltbildern zu. Sie sind daher für rechtsextreme Aktivist/innen und Kader ansprechbar, die solche Treff- und Anlaufpunkte als Rekrutierungsfeld für personellen Nachwuchs nutzen. ■ Zusammen mit Konzerten und Aufmärschen werden so rechtsextreme Erlebniswelten geschaffen, in denen Jugendliche und junge Erwachsene rechtsextrem(-orientiert)e Lebensstile und Identitäten entwickeln können. Sie bieten Raum für Kontakte und Austausch unter Gleichgesinnten, sodass sich rechtsextreme Orientierungen oder Teilidentifikationen in einer Art »Freiraum« zu eindeutigen politischen Identitäten festigen können. Es sind Orte, die nicht nur auf unterschiedlichste Art und Weise das Bedürfnis bedienen, einem rechten Lebensgefühl Ausdruck zu verleihen, sondern die zugleich auch auf personelle, materielle, finanzielle oder organisatorische Weise den Fortbestand der rechtsextremen Szene sichern und Rechtsextremismus im Alltag der Kieze verankern sollen. ■



»Nicht selten werden solche Läden auch von Szenekadern geführt.«



»Durch die Anmietung von Infrastruktur können Sozialräume dauerhaft beeinträchtigt werden. Im Extremfall führt das zur Entstehung von Angsträumen.«

### HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR EIGENTÜMER/INNEN UND VERMIETER/INNEN 1— HAUSVERBOT IN KNEIPEN UND VERANSTALTUNGSORTEN

Betreiber/innen und Inhaber/innen von Kneipen und Veranstaltungsorten können grundsätzlich frei darüber entscheiden, wem sie Zutritt gestatten oder verwehren. Bei der Erteilung von Hausverboten bzw. bei einem Verweis aufgrund der rechtsextremen Anschauung von Gästen muss allerdings vonseiten des Betreibers ein legitimes Interesse geltend gemacht werden. Als legitimes Interesse kann z.B. ein drohender wirtschaftlicher Schaden gelten, der sich aus der Anwesenheit von Rechtsextremen dadurch ergibt, dass andere Gäste beleidigt oder abgeschreckt werden und zukünftig die Gaststätte meiden könnten. Auch die Gefahr, dass von rechtsextremen Gästen Straftaten begangen werden, kann angeführt werden.


### 2— KÜNDIGUNG UND RÄUMUNGSKLAGE

Auch wenn Rechtsextreme Gewerberäume angemietet haben, gibt es für Vermieter/innen juristische Ansatzpunkte. Ein Mietvertrag kann von Vermieter/innen z.B. angefochten werden, wenn eine »arglistige Täuschung« vorliegt. Diese liegt gemäß zahlreicher aktueller Gerichtsurteile dann vor, wenn Mieter/innen


vor Vertragsabschluss bewusst unvollständige Angaben über den Inhalt des Warensortiments gemacht haben und insbesondere Marken verschweigen, die in der Öffentlichkeit mit der rechtsextremen Szene in Verbindung gebracht werden. Wegen »arglistiger Täuschung« waren bundesweit Räumungsklagen gegen Thor Steinar-Läden erfolgreich. Darüber hinaus können Mietverträge – sowohl für Gewerberäume als auch für Wohnungen – auch »aus wichtigem Grund« außerordentlich fristlos gekündigt werden. Ein »wichtiger Grund« liegt beispielsweise vor, »wenn eine Vertragspartei den Hausfrieden nachhaltig stört, sodass dem Kündigenden (...) die Fortsetzung des Mietverhältnisses (...) nicht zugemutet werden kann« (§ 569 BGB, Abs. 2). Bedrohliche Situationen, die vom Mieter, dessen Angestellten oder Kund/innen ausgehen, können das Kriterium der »nachhaltigen Störung des Hausfriedens« möglicherweise erfüllen. Solche Störungen sollten daher immer detailliert dokumentiert werden.

### 3— PRÄVENTIVE MASSNAHMEN UND ABWEHR VON ANMIETUNGSVERSUCHEN


Weniger aufwendig und effektiver als Kündigungen und Räumungsklagen sind Vorkehrungen, die bereits bei Vertragsabschluss getroffen werden. ■ Da private Vermieter/innen von Gewerberäumen nicht verpflichtet sind, an Rechtsextreme zu vermieten, haben sie vor allem bei der Festlegung vertraglicher Regelungen einen großen Handlungsspielraum. In Gewerbemietverträgen für Ladenflächen können Mieter/innen über spezielle Klauseln dazu verpflichtet werden, im Laden keine Produkte zu verkaufen, die in der Öffentlichkeit mit einem Bezug zur rechtsextremen Szene wahrgenommen werden. Auch bei der Vermietung von Gaststätten, Veranstaltungssälen oder einzelnen Räumen in Kneipen empfiehlt sich die Anwendung von Mietvertragsklauseln, die die Durchführung von Versammlungen und Events mit rechtsextremem, rassistischem oder antisemitischem Charakter untersagen. ■ Wird zudem eine Liste mit auftretenden Bands, Referent/innen oder DJs Teil des Mietvertrags, kann bereits im Vorfeld der Veranstaltung ein möglicher Bezug zur rechtsextremen Szene überprüft werden.



»Es ist wichtig, vor Vertragsabschluss zu wissen, mit wem man es zu tun hat. Bei solchen Informationen helfen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus«



»Der Name des Mieters und Zweck der Veranstaltung sollten vertraglich fixiert werden. So kann z.B. möglichen Strohmietter/innen gekündigt werden«



»Es ist wichtig, dass es eine aktive Zivilgesellschaft gibt, die mitbekommt, was vor Ort passiert und das auch dokumentiert.«

### HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR MIETER/INNEN, NACHBAR/INNEN UND EINZELPERSONEN

Sich mit Nachbar/innen, Engagierten und/oder Gewerbetreibenden im Kiez über den Umgang mit einem rechtsextremen Laden oder einer Kneipe auszutauschen, schafft die Sicherheit, dem Problem nicht allein gegenüberzustehen. ■ Hausbewohner/innen sollten sich – im besten Fall mit weiteren Nachbar/innen – an den Vermieter wenden und ihm durch Beschwerdeschreiben verdeutlichen, dass durch rechtsextreme Mieter der Hausfrieden nachhaltig gestört wird und erheb-



liche Mietbeeinträchtigungen und Belästigungen bestehen. Liegt eine Ruhestörung vor, wird verbotene Musik abgespielt, werden Menschen bedroht oder angegriffen, empfiehlt sich eine Anzeige. Die Anzeigen können wiederum Anlass für die Polizei sein, den rechtsextremen Treffpunkt zu kontrollieren. Oft werden dabei weitere Rechtsverstöße festgestellt. Gleichzeitig erhöht sich durch Strafanzeigen der Handlungsdruck für kommunale Politik und Verwaltung. Anwohner/innen und Gewerbetreibende aus der Nachbarschaft können durch Plakate und Transparente auf das Klima im Kiez einwirken, zudem können die Gewerbetreibenden Informationsmaterial auslegen oder Spendenbüchsen aufstellen, um Geld für das örtliche Engagement gegen Rechtsextremismus zu sammeln. ■

### HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR POLITIK UND VERWALTUNG

Als effektiv haben sich Briefe von Bürgermeister/innen oder Stadträt/innen an Vermieter/innen erwiesen, in denen auf den rechtsextremen Charakter der Kneipe oder des Ladengeschäfts, auf Handlungsmöglichkeiten von Vermieter/innen sowie auf Ansprechpartner/innen hingewiesen wird. Auch präventive Schreiben an Eigentümer/innen von Gewerberäumen, in denen Mietvertragsklauseln gegen Rechtsextremismus und professionelle Beratungsangebote empfohlen werden, sind sinnvoll. Bei der Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements kommt Politik und Verwaltung eine besondere Verantwortung zu, vom schnellen Erteilen von Sondernutzungsgenehmigungen für zivilgesellschaftliche Projekte über die Bereitstellung kommunaler Räume für Veranstaltungen bis hin zu logistischer Hilfe oder zum Erlassen von Gebühren. ■ Darüber hinaus sollten Kommunalpolitiker/innen auch persönlich an Protestaktionen teilnehmen oder Schirmherrschaften von Initiativen übernehmen. Auf verwaltungsrechtlicher Ebene können vor allem Ordnungsbehörden durch verstärkte Überprüfungen die Spielräume für Rechtsextreme einschränken. Insbesondere bei gastronomischen Betrieben bieten sich etwa über § 35 der Gewerbeordnung Ansatzpunkte, die Ausübung eines Gewerbes »wegen Unzuverlässigkeit« zu untersagen. »Die Annahme einer gaststättenrechtlichen Unzuverlässigkeit setzt nicht voraus, dass der Gastwirt selbst Rechtsvorschriften verletzt. Vielmehr kann es genügen, wenn er strafbare Handlungen anderer (z.B. Verwenden von NS-Symbolen) duldet und notwendige Maßnahmen gegen solche Handlungen unterlässt.« Das stellte das Verwaltungsgericht Weimar in einem Urteil vom 25.07.2006 (8 E 850/06) ■ fest. Weitere Hebel sind Verstöße gegen gesundheitsrechtliche Bestimmungen o.ä.

Gekürzte Fassung der Handreichung: Ladenschluss jetzt! Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremer Infrastruktur (2009); Hg.: MBR, juristische Beratung durch **SVEN RICHWIN**, Rechtsanwalt und Sozius der Berliner Kanzlei am Oranienplatz.



»Mit einem Container – direkt vor dem Laden platziert – wollten wir den Laden öffentlich als rechtsextrem etikettieren und dadurch deutlich machen, dass es hier um eine Auseinandersetzung mit Neonazis geht.«



»Mit einem wachen Bezirksamt, einem zivilgesellschaftlichen Bündnis vor Ort und einem aufmerksamen Centermanagement ist es gelungen, dafür zu sorgen, dass der Thor Steinar-Laden nach drei Tagen geschlossen wurde.«

»Wir haben an einem U-Bahnhof mehrfach rechtsextreme Schmierereien und Spuckis vorgefunden. Das Bezirksamt (Neukölln) hat in einer Aktion dafür gesorgt, dass sie verschwinden, sodass wir das nicht selbst haben machen müssen.«



Komplettes Urteil:  
<http://tinyurl.com/cnfn9k>



Kommentar Andrea Müller, Lidice-Haus Bremen.





Sophia HALAMODA 2012

10 PEOPLE ARE ENOUGH!

## BRAUCHT DIE ZIVILGESELLSCHAFT NEUE AKTIONSFORMEN?

MARGARITA TSOMOU

Seit den 1990er Jahren sind künstlerische und aktivistische Strategien verschiedene Interdependenzen eingegangen. ■

Vonseiten der Kunst gab es ein verstärktes Interesse an sozialem Engagement und am Dialog mit Öffentlichkeiten außerhalb der Kunst. Es führte zu einem veränderten Kunstwerk-Begriff, der auch den sozialen Kontext, in dem Kunst präsentiert und produziert wird, mitdenkt. Zudem gab es eine Bewegung, aus den Kunstinstitutionen herauszutreten und nicht mehr nur das Museum oder das Theater als Orte von Kunst zu nutzen. In diesem Kontext sind Begriffe von Kunst wie community based art, Partizipationskunst, Kunst des Öffentlichen oder site-specific art interessant. Kritikerinnen wie Claire Bishop sprechen in diesem Zusammenhang auch vom social turn in der Kunst.

Vonseiten des Aktivismus gab es vor allem im Zuge der Ausbreitung neuer medialer Möglichkeiten eine zunehmende Kulturalisierung der verschiedenen Formen der politischen Artikulation. Das schwarz-weiß Flugblatt, die trockene Rede am Mikrophon, die Latschdemo konnten in einer Gesellschaft, die immer mehr unter den Bedingungen des Infotainments funktioniert und Informations- und Nachrichtenkanäle vervielfältigt, immer weniger Aufmerksamkeit hervorrufen. Jede Institution, jede Bewegung und jeder Verein braucht heute einen Facebook-Auftritt, Youtube-Videos zur Dokumentation der eigenen Arbeit und/oder eine Vielzahl »kreativer« Medieninterventionen in der Öffentlichkeit, um in der Flut von Informationen auf sich aufmerksam zu machen.

### UNTERSCHIEDLICHE FORMEN DER INTERVENTION

#### 1— MEDIENÖFFENTLICHKEIT SCHAFFEN

Aktivismus muss heute symbolträchtig und auffällig sein, um in die Medien zu gelangen. Es empfiehlt sich, intelligente Formate zu wählen, die »Bilder schaffen«.

Wir kennen die Aktionen von Attac, bei denen mittlerweile Riesenpuppen zum Repertoire gehören. ■ Aktionen wie diese erhalten, obwohl sie mit relativ geringer Beteiligung durchgeführt werden, oft mehr Aufmerksamkeit als Demonstrationen von viel größerem Umfang. Dafür müssen sie allerdings auch richtig platziert sein – sowohl zeitlich (wie z.B. zu Abstimmungen im Bundestag) als auch örtlich (z.B. vor dem Parlament). Es gibt die unterschiedlichsten Strategien, und mittlerweile haben sich regelrechte Aktionsakademien etabliert, an denen die Voraussetzungen für das Gelingen einer öffentlichkeitswirksamen Aktion vermittelt werden.



»Manchmal kann es für Interventionen von Vorteil sein, wenn sie als Kunst angelegt sind, weil sie dann von Polizei und Versammlungsbehörde rechtlich anders beurteilt werden.«



Bild dazu: <http://tinyurl.com/bn68vwe>

## 2— GRAFISCHE INTERVENTION

Interessant für diese Fachtagung ist die Interventionskunst im öffentlichen Raum, mit der eine Nachbarschaft oder ein bestimmter, codierter Ort markiert und mit neuen Bedeutungen versehen werden kann. Solche Interventionen können – wie die sog. »Kaktus-Kampagne« in Berlin-Neukölln – sowohl neue Zeichen setzen als auch bekannte Zeichen mit neuer Bedeutung versehen. ■ Die typischen Beispiele hierfür sind kreative Manipulationen von Plakaten oder anderen Zeichen im öffentlichen Raum. Die Strategie ist oft: Du »hackst« das schon vorhandene Bild, machst dir seine Kraft und seinen Wiedererkennungswert zunutze, veränderst aber seine Aussage und Bedeutung in dem von dir gewünschten Sinne. ■



»Die Neuköllner Kaktus-Kampagne setzt im öffentlichen Raum eine Markierung: Hier ist »Kein Ort für Nazis«  
[www.neukoelln.blogspot.de/kampagne/](http://www.neukoelln.blogspot.de/kampagne/)



Zur Umwidmung von Straßenschildern:  
<http://eng.partizaning.org/?p=1548>



»In Bad Nenndorf ist über Jahre ein breites Bündnis entstanden. In diesem Jahr hat es im Rahmen des urban knitting Straßenschilder, Ampeln etc. mit Strickwaren verschönert, um so gegen den Aufmarsch der Neonazis zu protestieren. An dieser Aktionsform konnte sich auch Oma Lieschen beteiligen.«  
Bericht mit Bild dazu:  
<http://tinyurl.com/d2yypz>



[www.parkfiction.org/index.html](http://www.parkfiction.org/index.html)



<http://eng.partizaning.org/>

## 3— COMMUNITY ART ODER PARTIZIPATIONSKUNST

Unter community art oder Partizipationskunst werden Kunstprojekte verstanden, die unter Einbindung von Nicht-Künstler/innen, einer Community, einer Nachbarschaft oder einer Gemeinde operieren und oft nicht nur die Produktion von Kunst zum Ziel haben, sondern auch einen sozialen Wert für die community produzieren möchten. ■

Ein Vorzeigeprojekt im deutschen Raum war lange Park Fiction am Hamburger Hafen. ■ Hier wurde zusammen mit Künstler/innen, Architekt/innen, Stadtplaner/innen und Bewohner/innen ein Park in einem Filetstück der Stadt erkämpft, das an große Immobilienfirmen verkauft werden sollte. Die Parkgestaltung entstand über 10 Jahre hinweg in einem dialogischen Prozess mit den Einwohner/innen des Stadtteils, die in einer Wunschproduktion über Ideen für den Park abstimmen konnten.

Entscheidend dabei ist, dass im Gegensatz zur drop sculpture, wo eine Skulptur oder ein Denkmal ohne Partizipation der Anwohner/innen aufgestellt wird, über einen demokratischen Aushandlungsprozess eine Identifizierung mit dem Kunstwerk (im geschilderten Fall mit dem Park) erreicht und darüber hinaus eine Aktivierung der Nachbarschaft angeregt wird.

Solche Projekte schaffen lokale Netzwerke, wo es sie bisher nicht gab, und regen Dialog und Kommunikation zwischen Nachbarschaften an. Sie schaffen kreative Kooperationen zwischen heterogenen Partner/innen, die sonst nicht zu einer Verständigung und Problemlösung in sozialen Gemeinschaften zusammenkommen würden.

Ein weiteres gutes Beispiel ist die aus Russland stammende Gruppe Partizaning ■ die transdisziplinäre Projekte mit Forscher/innen, Künstler/innen, Alltagsexpert/innen und Institutionen in den unterschiedlichsten städtischen

Räumen Moskaus durchführt. Sie gehen systematisch vor, um zunächst zu erkunden, was die Menschen vor Ort brauchen.

Dabei bedeutet Partizipation zunächst Befragung: Die Projekte müssen von den Alltagsexpert/innen, den Menschen vor Ort lernen, bevor es ans Projektdesign geht. Das findet z.B. in Form von ethnographischen Untersuchungen statt, die danach fragen, wer in einem Stadtteil wohnt, was die Menschen dort machen, was ihnen im Stadtteil fehlt, welche Probleme sie haben und wo und wie der öffentliche Raum hergestellt wird.

Der nächste Schritt ist die Identifikation des Problems: Wenn heterogene Gruppen nicht miteinander kommunizieren, getrennte Räume nutzen, es für sie keine Kommunikations- und Begegnungsräume gibt, stellt sich die Frage: Wie kann ein Gefühl von Gemeinschaft hergestellt werden? ■

In der Phase der Entwicklung von Lösungen bedeutet Partizipation Mitbestimmung und Teilhabe der Akteure vor Ort. ■ Ein Beispiel sind die cooperative urbanism workshops der Partizipating-Gruppe. Hier wurde Kommunikation und Öffentlichkeit an Orten geschaffen, wo sie bisher nicht existierten. Verlassene Infrastrukturen wurden wieder einer Nutzung zugeführt, und gefährliche Orte wurden begehbar gemacht, indem Grünflächen und urbane Gärten angelegt wurden.

Ein anderes Beispiel ist die Geschichtswerkstatt Nauen. ■ Statt auf das altbekannte Repertoire griffen Initiator/innen von Protesten gegen einen Naziaufmarsch auf das Mittel einer Geschichtswerkstatt zurück, um mit ihr eine neue kollektive Aneignung von historischen und gegenwärtigen Räumen zu versuchen und die Gegenproteste um neue Formen der Aneignung des öffentlichen Raums zu erweitern. ■

Zukünftig werden in Auseinandersetzungen im und um öffentlichen Raum vermutlich Verschränkungen mit neuen Medien eine wesentliche Rolle spielen. Smartphone-Apps, online social media, Befragungen und Interventionen im Raum können schon auf dem Stand der heute gängigen Technik so miteinander verbunden werden, dass neue Interventionsmöglichkeiten im öffentlichen Raum entstehen sowie neue Möglichkeiten seiner Gestaltung durch neue Formen der Beteiligung.

**MARGARITA TSOUMOU** ist Kulturwissenschaftlerin, Journalistin und Stipendiatin am Forschungskolleg für künstlerische Forschung »Versammlung und Teilhabe« an der Hafencity Universität Hamburg. Sie arbeitet zu künstlerischem Aktivismus, Protestbewegungen und Neuem Feminismus.



»In einem zerfallenen Raum können Nazis den Platz einnehmen. Das geht nicht, wenn dieser Raum von der Nachbarschaft bereits politisch bestimmt wird. Hier kann partizipative Kunst ansetzen.«



»Wir haben über unsere Strukturen vor Ort in einem Bezirk Kiezspaziergänge organisiert, um Nazi-propaganda zu entfernen. Das hatte zur Folge, dass viele Menschen sich mittlerweile dazu selbstständig verabreden.«



Bericht dazu:  
[www.tinyurl.com/cfckokm](http://www.tinyurl.com/cfckokm)



»Die Leute, die auf die Demo kommen, sind dieselben Leute, die immer auf Demos kommen.«

»Es kommt darauf an Möglichkeiten zu schaffen, die es Leuten erlauben, sich auch niedrigschwellig zu engagieren. Der wichtige Schritt ist der vom Zuschauer zum Akteur.«



Kommentar Sebastian Wehrhahn,  
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin.



# ISLAM & ZIVILGESELLSCHAFT



**MUSLIMISCHE VERBANDSSTRUKTUR**  
 Wie engagiert seid ihr?  
 inwieweit setzt ihr euch mit den Themen auseinander?

DAS SPECTRUM IST SEHR DIFFERENZIERT - Blickt ihr da durch?

UNWISSENHEIT SCHAFFT **ÄNGSTE**

TÄGLICHE KONFLIKTE IN DEN STADTEILEN

WELCHES SIND DIE RELEVANTEN THEMEN IN DEN STADTBÜRGERN?  
 ANSATZ



MOSCHEEBAU OHNE KONFLIKTE?

- MEHR POSITIVE AKTIONEN ORGANISIEREN.
- LOKAL MEHR LEUTE EINBINDEN.

MACHT MIT!

MIT WEM KANN ICH ZUSAMMENARBEITEN? - UND MIT WEM LIEBER NICHT?

OK, SOLL ICH DEN JETZT KATEGORISCH AUSSCHLIESSEN?

SCHAUT GENAU HIN  
 WER STEHT FÜR WAS?

GABRIELE HEINZEL GRAPHIC RECORDING 2012

PRO KÖLN

MEINUNGSFREIHEIT?

RESSENTIMENTS

"WIR GEGEN DIE"

ABENDLAND IN CHRISTENHANDS

"FREIHEIT STATT ISLAM"

WER HAT EIN INTERESSE AM KONFLIKT?

RASSISTISCHE VERKNÜPFUNG AUFHEBEN!

RASSISTEN? ISLAMISTEN? INSTRUMENTALISIERUNG

**DEMO**

WER DEMONSTRIERT? HABEN WIR DIE GLEICHEN ANLIEGEN?

FÜR DIE MOSCHEE

GEGEN DIE RECHTEN

UND DIE SALAFISTEN?

MENSCHENRECHTS-ORIENTIERTE AUSEINANDERSETZUNG

PO NRW

HUMOR IST AUCH NICHT ZU UNTERSCHÄTZEN!

## WIE PARTEI ERGREIFEN IN SO GENANNTEN MOSCHEEBAU-KONFLIKTEN?

HANS-PETER KILLGUSS,  
ALEXANDER HÄUSLER

In ihrem Kampf gegen die angebliche Islamisierung des christlichen Abendlandes inszeniert sich die pro-Bewegung (pro Köln, pro NRW und pro Deutschland) als Verteidigerin der Meinungsfreiheit und der liberalen Werte des Westens. Dahinter steckt jedoch ein Rassismus, der sich auf der Ebene des Religiösen und des Kulturellen manifestiert. Die Moschee und das Minarett werden hier zu Symbolen für Angriffe von Rechtsaußen – nicht nur in Deutschland, sondern europaweit. Die von der rechtspopulistischen Schweizer Volkspartei Ende des Jahres 2009 erfolgreich initiierte Volksabstimmung gegen Minarettbau in der Schweiz hat die Wirkungsmächtigkeit eines solchen kampagnenförmig zugespitzten Rassismus gezeigt.

Aber auch der Moscheebau-Konflikt im Kölner Stadtteil Ehrenfeld war und ist ein Lehrstück dafür, wie sich vorhandene Ängste und Vorurteile gegenüber einem sichtbar werdenden Islam in deutschen Großstädten für politische Zwecke vereinnahmen lassen. Die muslimfeindliche Rechte, die hierzulande von der extrem rechten pro-Bewegung über die rechtspopulistische Partei Die Freiheit bis zu Vereinigungen wie beispielsweise der Bürgerbewegung Pax Europa reicht, versucht, mit der Intervention in Auseinandersetzungen um Moscheebau-Vorhaben politisch an Einfluss zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund sollten in den Debatten verschiedene Ebenen berücksichtigt werden:

**1—** Moscheebau-Vorhaben sind fast immer von Konflikten begleitet. Es geht dabei zunächst meist um Fragen städtebaulicher Veränderung, der Infrastruktur (Parkplätze, Verkehrsaufkommen) oder der religiösen Ausrichtung des Bauherrn. ■ Diese Themen, die beispielsweise auch in Ehrenfeld diskutiert wurden, lassen sich im Rahmen einer sachlichen Auseinandersetzung klären. Die Bevölkerung muss dabei von Anfang an einbezogen werden mit dem Ziel, vorhandene Ängste zu entkräften und gleichzeitig zu sensibilisieren für die Gefahren, die eine rassistische Propaganda für das interkulturelle Miteinander bedeutet.

**2—** Die muslimfeindliche Rechte versucht gezielt, die Unterschiede zwischen dem Islam und dem Islamismus zu verwischen, also zwischen einer Religion mit sehr vielen unterschiedlichen Richtungen und Lebenspraxen einerseits und einer politisch reaktionären Strömung andererseits. Mit dieser Pauschalisierung wird nicht nur jeder Muslim und jede Muslima als potenziell gewalttätig dargestellt. Es wird zudem eine eigentlich notwendige Diskussion um tatsächliche antidemokratische islamische Vereinigungen versperrt. Der



»Es gibt gegen Moscheen auch Vorbehalte, die nicht rassistisch konnotiert sind, etwa wenn Menschen sagen, dass ihr Stadtteil jetzt eine ganz andere Ladenstruktur bekommt.«



»Es hat sehr wohl starke, große Proteste gegen Rechte in Duisburg gegeben, an denen nicht nur die Antifa-Bewegung beteiligt war, sondern auch ›Normalbürger‹ und unterschiedliche Kreise wie z.B. Kirchen. Der gesamte Stadtteil hat sich gegen die Rechten gestellt und deutlich gemacht, dass sie von außen kommen und einen Konflikt in den Stadtteil hineintragen wollen.«



»Das Ziel ist ja auch klar: Man will maximale Provokation und maximale Aufmerksamkeit mit minimalem Aufwand erreichen, und das ist der Splittergruppe pro Deutschland ja inzwischen durchaus gelungen.«



»Die Auseinandersetzung mit Rassismus sollte nicht nur in Richtung Bevölkerung, sondern auch in Richtung rassistischer Strukturen zielen.«

pro-Bewegung und anderen muslimfeindlichen Rechtsaußen-Gruppierungen geht es nicht um die sachorientierte Lösung eines Konfliktes: »Uns geht es in erster Linie um die Großmoschee als Symbol der Überfremdung, der Parallelgesellschaft und der türkischen Masseneinwanderung. [...] Solche politischen Steilvorlagen nicht zu nutzen [...], ist Verrat an der einheimischen Bevölkerung«, erklärte pro-NRW-Chef Markus Beisicht 2007 in einem Interview mit der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme«. Solche Instrumentalisierungen sind deutlich zurückzuweisen. ■

**3—** Mit Aktivitäten wie dem Zeigen von Mohammed-Karikaturen im Rahmen des Landtagswahlkampfes 2012 in NRW vor Moscheen sowie der Ankündigung, das Schmäh-Video »Innocence of Muslims« öffentlich in Berlin zu zeigen, bedient sich die pro-Bewegung eines ritualisierten, öffentlichkeitsorientierten Kalküls und dreht damit bewusst an der Eskalationsschraube: Die aggressive Propaganda soll Aufmerksamkeit und Gegenproteste hervorrufen. Diese werden wiederum zum Anlass genommen, sich als Opfer von »Meinungsdiktatur« und »political correctness« zu inszenieren. ■

**4—** Um eine solche Inszenierung zu verhindern, muss das instrumentelle Verhältnis der rechtsgerichteten Akteure zu kommunalen Mitbestimmungsmöglichkeiten und Bürgerentscheiden verdeutlicht und das wirkliche politische Motiv aufgezeigt werden. Es muss deutlich gemacht werden, dass es diesen Akteuren nicht um die Auseinandersetzung mit fundamentalistischen Tendenzen in unserer Einwanderungsgesellschaft geht, sondern um die Anfeindung von Menschen anderen Glaubens und anderer Herkunft – und das sollte in einem demokratischen Diskurs um Moscheebau-Vorhaben keinen Platz haben!

**5—** Um die politischen Strategien rechtsgerichteter Akteure kenntlich machen zu können, ist ein detailliertes Wissen über aktuelle organisatorische und inhaltliche Erscheinungsformen rechter Muslimfeindlichkeit und deren Akteure unerlässlich. Hierzu sollten der fachliche Rat und die inhaltliche Mitwirkung von Einrichtungen in Anspruch genommen werden, die in diesem Themenfeld fachlich kompetent sind.

**6—** Nicht nur von Rechtsaußen, sondern auch aus der »Mitte der Gesellschaft« werden Debatten über die Stellung des Islams und der Muslime in Deutschland kulturkämpferisch aufgeladen. Dabei werden Fragen nach so genannten Integrationsdefiziten verquickt mit denen nach religiösem und politischem Fundamentalismus. Zugewanderte = Islam = Islamismus, so lautet die dabei bemühte Gleichung. Diese unsachliche Verquickung kann als solche benannt und aufgehoben werden. ■



**7—** Die reale Gefahr eines politisch aufgeladenen islamistischen Fundamentalismus darf in der öffentlichen Debatte keine politische »Leerstelle« sein, die es der muslimfeindlichen Rechten ermöglicht, sie mit ihrer Agitation zu füllen. Deshalb muss eine solche Debatte unter demokratischen Prämissen geführt werden. Einerseits ist es Aufgabe einer den Menschenrechten verpflichteten Zivilgesellschaft, bestimmte Tendenzen in islamistisch-fundamentalistischen Vereinen zu problematisieren (Stichwort: Antisemitismus, Geschlechterfragen etc.). Andererseits dürfen nicht alle Muslime, die z.B. in eine bestimmte Moschee gehen, in Kollektivhaftung für die ideologische Ausrichtung der jeweiligen islamischen Dachorganisation genommen werden. Auch hier gilt es zu differenzieren und Pauschalurteile zu vermeiden. ■

Meist werden Muslime unabhängig von ihrer Ausrichtung – ob rechtskonservativ, traditionalistisch oder liberal – in Deutschland als »Fremdkörper« und entlang ethnischer Trennlinien wahrgenommen.

**8—** Oft sind islamistische und nationalistische identitäre Anrufungen innerhalb der Migranten-Communities Reaktionen auf solche Ausgrenzungserfahrungen, sodass auch die gesellschaftlichen Machtunterschiede zu berücksichtigen sind. Zivilgesellschaftliche Interventionen in Moscheebau-Konflikte sollten daher immer die Bekämpfung einer Ausgrenzung aufgrund von Herkunft und Glaubensvorstellungen in den Vordergrund stellen.

**9—** Innerhalb öffentlicher Debatten um Moschee-Bauvorhaben ist es von größter Bedeutung, den Bauherrn dazu zu bewegen, sich Auseinandersetzungen zu stellen, d.h. Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, kommunikative Netzwerke und Anker herzustellen, Akteure zusammenzubringen und Möglichkeiten für Dialoge und Debatten zu schaffen.

**10—** Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass solche Debatten in Koordination mit Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Trägern professionell moderiert und begleitet werden. ■ Zudem sollten im sozialen Nahraum bekannte und allgemein anerkannte öffentliche Persönlichkeiten bei der Moderation von Konflikten zu Hilfe genommen werden, um eine respektvolle Debattenkultur nachhaltig verankern zu können.



»Was tun vor einer salafistischen Moschee? Wir wollten uns nicht mit Salafisten solidarisieren. Wir haben ein Transparent gehalten, das sich auch gegen religiöse Intoleranz ausgesprochen hat. Es war aber trotzdem wichtig, dass wir die Pro-Demo aufgehoben haben. Pro wollte nicht nur gegen Salafisten demonstrieren, sie wollten gegen alle Muslime demonstrieren.«



»Wir haben in Heinersdorf den Prozess um einen Moscheebau moderiert. Dabei haben wir mit allen Seiten zusammen gearbeitet, solange diese niemanden ausgegrenzt haben, wie es dann bei den Moschee-Gegnern der Fall war. Wir haben die Zivilgesellschaft u.a. dabei unterstützt, ein eigenes Nachbarschaftshaus zu gründen. Dadurch ist so viel positive Energie im Stadtteil, dass seitdem die Moschee-Gegner in Heinersdorf keine Chance mehr haben.«



Ergänzung des Vortrages durch Alexander Häusler, Fachhochschule Düsseldorf.



**ALEXANDER HÄUSLER**, Sozialwissenschaftler und wiss. Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf.

**HANS-PETER KILLGUSS**, Diplom-Pädagoge und Leiter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln.

# BÜNDNIS POLITIK IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT

# NEIN!?

WELCHE  
AKTIONEN  
MACHEN WIR  
GEMEINSAM?!

WELCHE  
WERTE  
FÜHREN UNS  
ZUSAMMEN?!

RESIGNATION

- AUSBILDUNGSMÖGLICHKEIT
- WAHL NUR A STAATSBÜRGER- SCHAFT
- ÜBERGRIFFE
- DISKRIMINIERUNG
- HIERARCHISIERUNG INNERHALB DER MIGRANTEN

DESINTERESSE

- KEIN AUFSTAND DER GERECHTEN
- KEINE INTEGRATION
- KEIN DENKTI VON RASSISMUS
- SCHWER ZU MOBILISIEREN
- ANGST VOR JURISTISCHEN REPRESALIEN



ORIENTIERUNG ZUM HERKUNFTS- LAND

WIE KÖNNEN WIR DAS ÄNDERN?

JURISTISCHE  
§  
GLEICHSTELLUNG



- KEINE BEHANDLUNG
- FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG



NICHT BEVORMUNDEN!



ANSPRACHE!



UNSER ALLER ZUKUNFT

WIR SIND ARBEITLOS

MIGRATION ODER NICHT IST NICHT DER EINZIGE BÜNDNISGRUND/ GEMEINSAMHEIT

WIR ALLE SIND DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT



BÜNDNIS

WEN

WILL ICH DABEI HABEN? UND WARUM?

- THEMA/INTERESSE
- IMAGE-STEREOTYP
- KATEGORIE

Gabriele Selig 2012

# 5 — SIND WIRKLICH ALLE DABEI?

## CHANCEN UND SCHWIERIGKEITEN ZIVILGESELLSCHAFTLICHER BÜNDNISPOLITIK IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT

Die Einwanderungsgesellschaft bildet sich in bestehenden Bündnissen und Initiativen gegen Rassismus kaum ab. ■ Obwohl fast alle Migrant\_innen täglich rassistische Erfahrungen machen, gibt es nur eine kleine Gruppe von Migrant\_innen, die sich aktiv gegen Rassismus einsetzt. Diese Situation ist erklärbar: Migrant\_innen sind überproportional aus vielen Bereichen des Lebens ausgeschlossen.

Obwohl sie fester Bestandteil der Gesellschaft sind, werden sie rechtlich, sozial und kulturell diskriminiert. Sie leben seit mehreren Jahrzehnten hier und haben trotzdem kein Wahlrecht, da sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Somit können sie sich auch nicht an vielen anderen politischen Entscheidungsprozessen beteiligen. Erinnert sei nur an den Volksentscheid »Pro Reli« von 2009. Obwohl fast 50 Prozent der Schüler\_innen Berlins einen Migrationshintergrund haben, waren ihre Eltern von der Entscheidung darüber ausgeschlossen, welche Bedeutung der Ethik- bzw. Religionsunterricht an Berliner Schulen spielen sollte. Gleichzeitig wird die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit erschwert, indem immer neue bürokratische Hürden aufgestellt werden. Obwohl viele Herkunftsdeutsche mehrere Pässe besitzen, wird bei Migrant\_innen deren doppelte Realität ignoriert. Der so genannte »Optionszwang« verlangt, dass sich Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund spätestens mit 23 Jahren für einen der Pässe und damit für eine Staatsbürgerschaft entscheiden.<sup>1</sup>

Migrant\_innen haben in Deutschland keine herkunftsbedingten Probleme – es ist eher so, dass soziale Probleme ethnisiert werden. Überhaupt ist die deutsche Migrationspolitik auf Ausgrenzung gerichtet. Sie spaltet die Gesellschaft in »wir« und »die anderen«, während von den Migrant\_innen »Integration« verlangt wird. Wer die deutsche Integrationspolitik der bisherigen Regierungen genauer betrachtet, wird jedoch schnell merken, dass sich hinter dem Begriff Integration eine systematische Politik der Ausgrenzung verbirgt. Migrant\_innen wird vorgeschrieben, dass und wie sie sich anzupassen haben. Sie sind in der Pflicht, ständig einseitig Leistungen zu erbringen. ■

Ihre geringe Beteiligung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist die Folge der ausgrenzenden Arbeitsmarktpolitik. Bei der Besetzung freier Stellen gilt das gesetzlich geregelte »Vorrangprinzip«.<sup>2</sup> Jugendliche mit Migrationshintergrund, die in diesem Land geboren und aufgewachsen sind, müssen mit 16 Jahren zur »Ausländerbehörde« gehen, um einen Aufenthaltstitel zu beantragen. All diese rassistischen Regelungen und Zuschreibungen, die offen oder latent in

### FIGEN IZGIN



»Bei der Organisation von Veranstaltungen achten wir darauf, dass z.B. Podien mit Männern und Frauen besetzt werden. Das Mitdenken anderer Diskriminierungsformen wie Rassismus muss sich noch einspielen – in der Bündnisarbeit und im alltäglichen politischen Geschäft.«



»Geschichtsrevisionismus und Rechts-extremismus sind klassische Themen herkunftsdeutscher Akteure. Ist es das Ziel, hier migrantische Akteure dabei zu haben, ist das auch wirklich deren Interesse? Beschäftigen Migrant/innen nicht andere Themen?

Wie können sich Themen, die mich als Deutschen berühren – Rechtsex-tremismus und Nationalismus – mit Kämpfen verbinden, die Migrant/innen vertreten?« – »Alles, was in dieser Gesellschaft geschieht, geht alle, die hier leben, gleichermaßen an, egal, ob sie einen so genannten Migrationshintergrund haben oder nicht.«



»Nicht jeder von uns hat in diesem Land die gleichen Möglichkeiten, an Protesten teilzunehmen. Nach der Teilnahme an den Blockaden des Nazi-Aufmarsches in Dresden hatte eine Frau mit Migrationshintergrund aufgrund ihres Aufenthaltsstatus massive Schwierigkeiten und war von Abschiebung bedroht.«

den Institutionen und in der Politik, in den Medien und im Alltag stattfinden, führen dazu, dass Migrant\_innen sich in Deutschland nicht politisch engagieren und zurückgezogen leben oder sich, wie gewünscht, als »Ausländer« wahrnehmen und eher mit den politischen Entwicklungen ihrer Herkunftsländer befassen. ■

Seit vielen Jahren vergeht in Deutschland kaum ein Tag, an dem nicht mit Hass auf Migrant\_innen gezeigt wird. Während sich die Migrationspolitik noch an Sarrazins rassistischen Thesen orientierte, flogen im November 2011 die NSU-Morde auf. Zwischen den Jahren 2000 und 2006 wurden neun Menschen umgebracht, weil sie zu »den anderen« gehörten. Statt die Hinweise ernst zu nehmen, die auf Rechtsextremisten als Täter\_innen deuteten, haben Politiker\_innen, Ermittler\_innen und auch die Medien die Opfer und ihre Angehörigen verdächtig, in die Taten verwickelt zu sein. Inzwischen ist seit der Aufdeckung des NSU ein Jahr vergangen, aber es gibt bis heute keine ernsthafte Aufklärung. Viele Berichte sind erschreckend und deuten auf die Beteiligung der Sicherheitsbehörden hin. In Berlin-Neukölln wurde im April 2012, einige Monate nach dem Auffliegen der NSU-Morde, Burak B. erschossen. Bis heute gibt es kein polizeiliches Ergebnis zu Tatmotiv oder Täter; viele Migrant\_innen gehen von einem weiteren rassistischen Mord aus. Zudem sind wir aktuell mit dem Buch von Herrn Buschkowsky und der »Vermisst«-Kampagne des Bundesinnenministeriums konfrontiert.

Nach Angaben der Amadeu-Antonio-Stiftung wurden in Deutschland seit dem Fall der Mauer 182 Menschen Opfer rechtsextremer Gewalt. Diese schreckliche Bilanz wird seitens der Politik verschwiegen – die Bundesregierung meldet lediglich 58 Todesopfer.

Rassismus ist kein Randphänomen. Verschiedene Studien der letzten Jahre zeigen immer wieder, dass Rassismus in der Mitte der Gesellschaft etabliert ist, er darf daher nicht nur auf die NPD und auf rechtspopulistische Parteien wie Pro Deutschland reduziert werden. Leider gab es aber auch nach dem Auffliegen der NSU-Morde keine ernsthafte öffentliche Diskussion über Rassismus – das gesamtgesellschaftliche Versagen wird nicht thematisiert.

### **TROTZ ALLER SCHWIERIGKEITEN GIBT ES HOFFNUNG**

Nach einer Protestaktion gegen die rassistischen Äußerungen von Thilo Sarrazin hat sich in Berlin die »Plattform gegen Rassismus« gebildet. Gruppen und Einzelpersonen kamen zusammen und starteten die Kampagne »Integration? Nein Danke«. Das Ziel war, auf die Zustände in Deutschland aufmerksam zu machen. Nach dem Auffliegen der NSU-Morde hat sich das »Bündnis gegen Rassismus« zusammengefunden. ■ Eine große Gruppe von Initiativen



<http://buendnisgegenrassismus.org/>

und Einzelpersonen hat im August 2012 in Berlin ein dreitägiges Festival gegen Rassismus durchgeführt. ■

Am 13.10.2012 sind in Berlin fast 10.000 Menschen auf die Straße gegangen. Sie haben die Stimme gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung erhoben. Im November fand in Berlin eine von einem breiten Bündnis getragene Demonstration unter dem Motto »In Gedenken an die Opfer des NSU – Das Problem heißt Rassismus« statt. Der Widerstand wächst.

### WIE KANN DIE BETEILIGUNG VON MENSCHEN NICHT-DEUTSCHER HERKUNFT ERHÖHT UND DIE VERNETZUNG VERBESSERT WERDEN?

Migrant\_innen wollen keine Stellvertreterpolitik mehr. Sie wollen gehört werden und mitentscheiden. Zivilgesellschaftliche Gruppen, die in der Mehrheit aus Herkunftsdeutschen bestehen, sollten nach der richtigen Ansprache suchen, wenn ihnen die Beteiligung von Migrant\_innen wichtig ist. ■

Bei gemeinsamen Planungen und Durchführungen von Aktionen ist darauf zu achten, dass Migrant\_innen tatsächlich Teil des Geschehens sind. Neben den anlassorientierten Aktionen müssen Räume geschaffen werden, in denen ein regelmäßiger Austausch stattfindet. ■ Von den Parteien erwarten Migrant\_innen, dass sie sich für ihre Belange einsetzen und sich von rassistischen Mitgliedern distanzieren. Sie erwarten, dass Parteien Bündnisse gegen Rassismus und Ausgrenzung in ihren Protesten finanziell und personell unterstützen und ihre Mitglieder zur Beteiligung aufrufen. Zivilgesellschaftliche Akteure mit und ohne Migrationshintergrund müssen mit den Parteien im Kampf gegen Rassismus an einem Strang ziehen, denn der Kampf gegen Rassismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

**FIGEN IZGIN** setzt sich seit vielen Jahren für eine solidarische und rassistisfreie Gesellschaft ein. Sie engagiert sich in dem Verein Allmende e.V., den sie mit vielen anderen Mitstreiter\_innen 2004 gründete. Sie ist zudem in der Partei Die Linke aktiv. Figen IZGIN ist Bezirksvorsitzende in Friedrichshain-Kreuzberg.

1 Optionsmodell bedeutet, dass ein in Deutschland geborenes Kind ausländischer Eltern automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit neben der Staatsangehörigkeit der Eltern erhält, wenn sich ein Elternteil seit mindestens acht Jahren in Deutschland aufhält. Das Kind muss sich nach Vollendung der Volljährigkeit zwischen einer der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden. Fällt bis zum 23. Lebensjahr keine Entscheidung, geht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren.

2 Nach dem Vorrangprinzip wird, geregelt in § 39/Aufenthaltsgesetz, vor jeder Vergabe eines freien Arbeitsplatzes in Deutschland zunächst geprüft, ob ein deutscher Staatsangehöriger oder ein rechtlich gleichgestellter EU-Bürger für diesen Arbeitsplatz infrage kommt.



»Beim Festival gegen Rassismus in Berlin haben wir unseren herkunftsdeutschen Mitstreiter/innen ausdrücklich gesagt: Wir wollen, dass ihr mitgestaltet. Aber wir möchten von Euch, dass ihr an diesen drei Tagen nicht dominiert. Und das ist angekommen.«



»Wenn Zusammenarbeit gewünscht wird, sollten wir uns von Anfang an bemühen, alle mit ins Boot zu holen und Themen, Aktionsformen und Zielsetzungen gemeinsam diskutieren.«



»Oft fehlt zwischen den Anlässen der Raum zum Austausch, zum persönlichen kennen lernen, Vertrauen aufbauen, Ziele festlegen.«



Kommentar Julia Weidmann, Bündnis Dresden Nazifrei.



# ABSCHLUSSPODIUM

## ENGAGIERTE PERSPEKTIVEN – PERSPEKTIVISCHES ENGAGEMENT

### **KENAN KOLAT**

Türkische Gemeinde in Deutschland, Berlin



### **ZUM AKTUELLEN VERHÄLTNIS ZWISCHEN MIGRANT\_INNEN UND HERKUNFTSDEUTSCHEN**

Ich merke, dass sich in den letzten Jahren die Haltungen in der Gesellschaft stark verändert haben. Früher war es so, dass die linken Kreise Migrant\_innen immer unterstützt haben. Mit der Zeit erleben wir, dass linke Gruppierungen und Schichten sich in einer Konkurrenzsituation sehen mit denjenigen Migrant\_innen, die jetzt nach oben gekommen sind. Die Sozialneiddebatte hat also auch dort angefangen, sodass wir in den letzten Jahrzehnten eine veränderte Debatte haben.

### **REAKTIONEN AUF DIE MORDE DURCH DEN NSU**

Niemand geht auf die Straße. Niemand bewegt sich. Ich habe mich gewundert. Ich habe mich sehr alleine gefühlt in unserem Land, in dem ich immer stolz war auf die demokratische Tradition – das hat mich erschreckt. Damals, vor 20 Jahren, anlässlich der Morde in Solingen, ging die Bevölkerung noch auf die Straße. Da gab es eine Bewegung, eine

antirassistische Bewegung. Nimmt man heute das Wort ›Rassismus‹ in den Mund, heißt es sofort: Herr Kolat, Sie kommen mit der Rassismuskeule.

### **EIN BEISPIEL FÜR EIN GELUNGENES, GEMEINSAMES ENGAGEMENT**

Ich will ein Beispiel für das gesellschaftliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund aus Berlin nennen. In Kreuzberg beobachten wir zum ersten Mal eine Bewegung von deutsch-stämmigen und nicht deutsch-stämmigen, insbesondere türkisch-stämmigen Bürgerinnen und Bürgern, die gemeinsam gegen hohe Mieten kämpfen. Das ist zum ersten Mal ein Thema, wo beide Bevölkerungsgruppen sich getroffen und zusammengetan haben. Diese Aktion ist vorbildlich.

### **BIANCA KLOSE**

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)



### **ZUM VERHÄLTNIS ZIVILGESELLSCHAFT – STAAT**

Trotz des Spannungsverhältnisses zwischen dem Staat und der von ihr finanzierten Zivilgesellschaft haben wir in Berlin inzwischen gut funktionierende Netzwerke. Bürgerbünd-

nisse, Verwaltungen und Politik sind gegenüber den Themen Rechtsextremismus und Rassismus nicht nur sensibel, sondern auch interventionsfähig. Vor allem bei offensichtlichem Rechtsextremismus und bei rechtsextremer Infrastruktur, artikuliert sich öffentlicher Protest. Dann begegnen sich im besten Fall auch Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft auf Augenhöhe: Man hört einander zu, schmiedet Bündnisse, und das auch mit antifaschistischen Gruppen, die jahrelange Expertise in diesem Bereich aufzuweisen haben.

### **BÜNDNISPOLITIK UND RASSISMUS**

Ich finde es wichtig, dass wir selbstkritisch sind und auch auf unsere eigenen Versäumnisse schauen. So bin auch ich der Meinung, dass unsere Bündnisse viel zu »weiß« sind, dass wir nach dem Fall NSU viel zu schnell wieder zum Alltagsgeschäft übergegangen sind. Und leider haben wir es nicht geschafft, das kleine Zeitfenster, das wir im Zuge der Aufarbeitung der NSU-Mordserie medial bekommen haben, zu nutzen, um den Rassismus in der Mitte der Gesellschaft und in den staatlichen Institutionen nachhaltig zu thematisieren.

### **AKTIONSRADIUS BERLINER RECHTSEXTREMISTEN**

Wir haben es geschafft, dass die rechtsextreme Szene hier in Berlin nicht wirklich wirkmächtig ist – sie kann nicht ausstrahlen und mobilisieren und findet kaum Rekrutierungsthemen. Aber auf der anderen Seite muss man die Konsequenz gerade dieser Erfolge mit Sorge beobachten: Die rechtsextreme Szene ist aufgrund ihrer Erfolglosigkeit und Schwäche dazu übergegangen, Engagierte zu bedrohen, anzugreifen und sich auf den so genannten Anti-Antifa-Kampf zu verlagern.

### **KONSEQUENZEN AUS DEM NSU UND DEM VERSAGEN DER STRAFVERFOLGUNGSBEHÖRDEN**

Auch jetzt erleben wir wieder den Ausbau, ja geradezu die Belohnung der Strafverfolgungsbehörden und der Inlandsgeheimdienste, die noch mehr Befugnisse und noch mehr Personal erhalten, obwohl ihr Versagen nicht auf fehlende finanzielle Mittel oder Befugnisse zurückzuführen ist, sondern

auf problematische Einstellungen und eine ebenso problematische Praxis. Hier ist jetzt die Zivilgesellschaft gefragt! Sie muss darauf hinweisen, dass andere Maßnahmen aus diesem Versagen gezogen werden müssen. So wäre eine unabhängige und kontinuierlich arbeitende Untersuchungs- und Beschwerdekommision, die die Arbeit der Polizei kontrolliert, genauso notwendig wie eine Untersuchung zu institutionellem Rassismus bei der Polizei.

### **PROF. DR. ROLAND ROTH**

Sozialwissenschaftler, Magdeburg/Berlin



### **GLOBALISIERUNG ALS MOTIV FÜR RECHTSEXTREME AGITATION**

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist auch ein Stellvertreterkampf: Beim gegenwärtigen Rechtsextremismus handelt es sich nicht zuletzt um eine Reaktion auf Globalisierungsprozesse. Es gibt eine wichtige Studie von Hanspeter Kriesi und Kollegen, die zeigt, dass es in allen Ländern Europas, vor allem in Westeuropa, eine neue politische Konfliktlinie gibt, nämlich zwischen denjenigen Kräften, die für eine Öffnung des Nationalstaats, für

kosmopolitische Orientierungen und für eine offensive Nutzung der Globalisierung eintreten, und denjenigen Kräften, die für eine nationale Schließung kämpfen. Letztere haben gute Argumente für sich, weil sie betonen, dass Globalisierung nicht nur Nutzen bringt, sondern bestimmte Gruppen auch benachteiligt und Globalisierungsverlierer erzeugt. Ich brauche dafür nur Prekarität, Armut, verstärkte soziale und regionale Ungleichheiten anzuführen oder erzwungene Mobilität, Flucht und neue Kriege. Wichtig wäre es, eine Form der Globalisierung zu finden und durchzusetzen, die weniger Ungleichheit und weniger Ausgrenzung in Deutschland, aber auch in anderen Ländern produziert. Die Agenda der globalisierungskritischen Bewegungen bietet deshalb auf mittlere Sicht die nachhaltigste Variante, um sich auch mit Rechtsextremismus auseinanderzusetzen.

### **NSU UND VERFASSUNGSSCHUTZ**

Ich will nur einen Punkt nennen, der für mich besonders bedrohlich ist. Die Akteure des NSU sind im Thüringer Heimatschutz groß geworden, dem Mitte der 1990er Jahre etwa 140 Leute angehörten. Kürzlich kam aus Thüringen die Meldung, dass 40 von ihnen als V-Leute unterwegs waren. Wenn wir gleichzeitig wissen, dass es in der Bundesrepublik insgesamt 36 Dienste gibt, die mit V-Leuten arbeiten, und wenn wir annehmen, dass jeder davon nur jeweils einen einzigen V-Mann im Thüringer Heimatschutz hatte, dann wäre mehr als die Hälfte der Akteure staatlich alimentiert gewesen. Die staatlichen Dienste hätten also erheblich zum Erhalt ihres Untersuchungsobjekts beigetragen – mit den heute bekannten tödlichen Folgen.

### **FUNKTIONEN VON RASSISMUS**

Wir dürfen nicht so naiv sein, Rassismus nicht auch als eine funktionale Variante der Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen anzusehen. Das heißt, rassistische Formen von Diskriminierung und Niedrigbeschäftigung, von Ausgrenzung und fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten usw. haben auch einen ökonomischen Sinn und werden nicht zuletzt

deshalb betrieben. Wir tun immer so, als wäre Diskriminierung nur eine mentale Gutmenschenfrage, aber sie hat auch mit Privilegien, mit Bevorzugung, mit Machtzuwachs und Herrschaftsansprüchen zu tun. Es ist auch die »aufgeklärte« deutsche Mittelschicht, die es, weil es ja ihre gesellschaftliche Position bedrohen würde, gerne zulässt, dass Migrantenkinder nicht die gleichen Chancen in der Schule haben. Rassismus, Diskriminierung und Vorurteile sind eben nicht nur ein Problem fehlender Aufklärung, sondern probate Mittel zur Legitimation und Verfestigung gesellschaftlicher Ungleichheiten. Ohne neue Solidaritäten sind die Grenzen der Aufklärung rasch erreicht.

### **PROF. DR. KJETIL ANSGAR JAKOBSEN**

Kulturwissenschaftler, Oslo/Berlin



### **ZUM RECHTSTERRORISTEN BREIVIK**

Der Breivik-Fall wird ja, ähnlich wie die NSU-Morde in Deutschland, als ein Polizeiskandal oder ein Skandal der Sicherheitsbehörden diskutiert. Die rechtsextreme Szene hatte man ein bisschen vergessen. Wenn man sich für Rechtsextreme und Neonazis interessierte, dann hatte man dieses



Vorurteil, dass es sich um arbeitslose »Stiefelnazis« handelt. Aber im Fall Breivik handelte es sich um einen Geschäftsmann mit einem gutbürgerlichen Hintergrund. Breivik hatte organisatorische Erfahrung, er hatte technische Kompetenzen, er hatte Geld. Das ist Extremismus aus der Mitte der Gesellschaft und kein Extremismus von unten – und der Extremismus aus der Mitte ist gefährlicher als der Extremismus von unten.

### **NORWEGEN UND DAS PROBLEM DES RASSISMUS**

Man kann Rassismus nicht einfach immer nur auf andere soziale Probleme zurückführen, denn er kann auch ohne sie vorkommen. In Norwegen gibt es keine Arbeitslosigkeit und keine Finanzkrise, und doch gibt es ein Rassismusproblem, und dieses Rassismusproblem hat wahrscheinlich gerade mit dem Reichtum und mit den Privilegien der einheimischen Bevölkerung im Zeitalter der Globalisierung zu tun.

### **EUROPA ALS KONTINENT DER EINWANDERUNG**

Ein weiterer Punkt ist, dass wir Europäer unsere Länder immer noch nicht als Einwanderungsländer begreifen. Hier, in den europäischen Ländern, sieht man in den Spitzenpositionen der Gesellschaft, in den Medien, in der Wissenschaft, in den Konzernen und in der Politik sehr selten Menschen mit Migrationshintergrund oder PoC. Ich glaube, das ist nicht nur ein Problem fehlender Solidarität, sondern man muss ernsthaft diskutieren, ob es eigentlich wirkliche Chancengleichheit gibt.

### **FUNKTION DES PROZESSES GEGEN ANDERS BREIVIK**

Es gab viele symbolische Aktionen, die die Zivilgesellschaft organisiert hatte. Die staatliche Aktion bestand in einem sehr guten öffentlichen Prozess gegen Breivik. Ich war skeptisch, ob der Prozess gegen Breivik mit all den Medien öffentlich geführt werden sollte, da er großes Interesse an der Verbreitung seiner Neonazi-Ideologie hat. Aber ich finde, er hat gut funktioniert. Es war ein würdiger Prozess, der die Ereignisse vom 22. Juli gut beleuchtet hat. Er gab der ganzen Gesellschaft eine Möglichkeit, über alles zu sprechen und zu diskutieren.

- [apabiz](#) – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.; MBR (Hg.): Antimuslimischer Rassismus und rechtspopulistische Organisationen; Berlin 2010.
- [Bojadžijev, Manuela](#): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration; Münster 2008.
- [Bürk, Thomas](#): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland? Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten; Münster 2012.
- [Fels, Patrick; Killguss, Hans-Peter; Puls, Hendrik \(Hg.\)](#): Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte, Beiträge und Materialien 5 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK der Stadt Köln; Köln 2012.
- [Frangenberg, Helmut \(Hg.\)](#): Arsch huh, Zäng ussenander! Eine Stadt. Eine Bewegung. Ein Aufruf; Köln 2012.
- [Häusler, Alexander; Killguss, Hans-Peter](#): Das Geschäft mit der Angst. Rechtspopulismus, Muslimfeindlichkeit und die extreme Rechte in Europa. NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln; Köln 2012.
- [Kriesi, Hanspeter; Grande, Edgar u.a.](#): Political Conflict in Western Europe. Cambridge University Press; Cambridge 2012.
- [Lewitzky, Uwe](#): Kunst für alle? Kunst im öffentlichen Raum zwischen Partizipation, Intervention und Neuer Urbanität; Bielefeld 2005.
- [Löw, Martina](#): Soziologie der Städte; Frankfurt 2008.
- [Schedler, Jan; Häusler, Alexander](#): Autonome Nationalisten: Neonazismus in Bewegung; Münster 2011.
- [Stephanikreis Ladenschluss](#): Schluss. Punkt. Aus. Aktionsbeispiele gegen rechte Szeneläden; Bremen 2012.
- [Stiftung SPI Sozialpädagogisches Institut Berlin – »Walter May«](#) (Hg.): Herausforderungen und Chancen von lokalen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft. Dialogstrategien für ein gleichberechtigtes Miteinander im Gemeinwesen; Berlin o. J.
- WEITERE MATERIALIEN DER MBR**
- Die aufgeführten Materialien können als PDF auf der Internetseite der MBR heruntergeladen oder auf Anfrage per Post verschickt werden.
- [Rechtsextremist/innen nicht auf den Leim gehen. Ein Ratgeber für die Gastronomie und Hotellerie](#) (2012); Hg.: MBR, Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Brandenburg e.V. (DEHOGA Brandenburg) und Gewerkschaft Nahrung, Genuss und Gaststätten/Landesbezirk Ost (NGG); Kooperationspartner: Mobiles Beratungsteam Brandenburg (MBT) in Trägerschaft von demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung.
- [Keine Räume für Nazis. Was können Vermieter/innen tun? Ratgeber zum Umgang mit Anmietungen durch rechtsextreme Gruppen](#) (2011); Hg.: MBR und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsgebiet Köln; Kooperationspartner: DEHOGA Nordrhein, DGB Region Köln-Bonn, NGG Region Aachen, NGG Region Köln, ver.di Bezirk Köln.
- [Was können Sie tun ? Taschenratgeber aktiv gegen Rechtsextremismus in Treptow-Köpenick](#) (2010); Hg.: VDK e.V.
- [Dieses Spiel dauert länger als 90 Minuten – Antidiskriminierungsmaßnahmen im Berliner Amateurfußball](#) (2010); Hg.: Berliner Fußball-Verband e.V.; VDK e.V.
- [Ladenschluss Jetzt! Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremer Infrastruktur](#) (2009); Hg.: MBR; VDK e.V.
- [Berliner Erfahrungen – Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien](#) (2008); Hg.: VDK e.V.
- [Berliner Zustände 2011. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus und Rassismus](#) (2012); Hg.: apabiz e.V.; MBR.
- [Kampf um die Rathäuser. Berliner Kommunalpolitik zwischen rechtsextremer Normalisierungsstrategie und demokratischem Handeln](#) (2007); Hg.: MBR.
- [Akteurs- und Diskursanalyse über den Moscheebaukonflikt in Pankow-Heinersdorf](#) (2007); Hg.: Netzwerkstelle [moskito]; MBR.
- [Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismus-Prävention und -Intervention in der Jugendarbeit: Hintergrundwissen und Empfehlungen für Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung](#) (2006); Hg.: MBR; VDK e.V.
- [Wir lassen uns das Wort nicht nehmen! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen: Aktualisierte Neuauflage der Handreichung »Wir haben die Wahl! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Organisationen im Wahlkampf«](#) (2007); Hg.: MBR; Netzwerkstelle [moskito]; Licht-Blicke; apabiz e.V.
- [Wir haben die Wahl! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Organisationen im Wahlkampf](#) (2006); Hg.: MBR; Netzwerkstelle [moskito]; Licht-Blicke; apabiz e.V.
- [Mobile Beratung für Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus: Ein Profil der Arbeit Mobiler Beratungsteams in Berlin, Mecklenburg Vorpommern, Sachsen und Thüringen](#) (2005).
- [Mobile Beratung für Demokratieentwicklung: Grundlagen – Analysen – Beispiele](#) (2004); Hg.: MBR; MBT Sachsen.
- [Wahrnehmen – Deuten – Handeln: Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus](#) (2004); Hg.: MBR.





mobile beratung gegen  
rechtstextremismus berlin (MBR)

Die MBR ist ein Projekt des »Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.« (VDK) und wird gefördert durch das »Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus« der Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und  
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)  
Chausseestraße 29, 10115 Berlin  
Telefon: 030 240 45 430, Fax: 030 240 45 319  
E-Mail: [info@mbr-berlin.de](mailto:info@mbr-berlin.de), [www.mbr-berlin.de](http://www.mbr-berlin.de)

In Kooperation mit:

